

Einfache Anfrage Broger-Altstätten vom 8. Juni 2021

Wachsen uns die politischen Vorstösse über den Kopf?

Schriftliche Antwort des Präsidiums vom 18. August 2021

Andreas Broger-Altstätten erkundigt sich in seiner Einfachen Anfrage vom 8. Juni 2021 vor dem Hintergrund der hohen Zahl an behandlungsreifen parlamentarischen Vorstössen nach der Sitzungsplanung des Präsidiums, insbesondere für die Juni- und die Septembersession 2021.

Das Präsidium antwortet wie folgt:

Der Kantonsrat sieht sich seit einiger Zeit mit einer ungewohnt hohen Zahl an eingereichten parlamentarischen Vorstössen konfrontiert. Sind es in den letzten drei Amtsjahren (seit 2018/2019) durchschnittlich 35 Motionen, 11 Postulate und 114 Interpellationen, waren es in den acht Amtsjahren davor (2010/2011 bis 2017/2018) durchschnittlich 22 Motionen, 8 Postulate und 75 Interpellationen. Diese Steigerung führt dazu, dass in jüngerer Zeit erheblich mehr Zeit aufgewendet werden muss für die Behandlung von parlamentarischen Vorstössen.

Hinzu kommt, dass die Zahl der Sprecherinnen und Sprecher und damit auch die Beratungszeit gestiegen ist, weil es in der Amtsdauer 2016/2020 lediglich vier Fraktionen gab, die im Übrigen sämtliche 120 Ratsmitglieder umfassten, während es in der neuen Amtsdauer 2020/2024 mit fünf Fraktionen eine Fraktion mehr gibt und zusätzlich sechs fraktionslose Ratsmitglieder, die sich an der Debatte beteiligen. Auch dies führt zu einem höheren Zeitbedarf.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die September- und die Novembersession 2021 dauern je drei Tage (wobei der zweite Tag der Septembersession aufgrund der Fraktionsausflüge bereits um 15.00 Uhr endet). Dies sollte es erlauben, eine grosse Zahl an Geschäften und parlamentarischen Vorstössen behandeln zu können. Wie lange die Behandlung der einzelnen Geschäfte und parlamentarischen Vorstösse dauert, liegt jedoch nicht in der Hand des Präsidiums.

Solange die parlamentarischen Vorstösse nicht wunschgemäss von Session zu Session abgearbeitet werden können, behalten sich Präsidium und Ratsleitung weiterhin vor, der Behandlung der Standesbegehren, Motionen und Postulate den Vorzug zu geben und danach jenen Interpellationen, deren Einreichung zeitlich am weitesten zurückliegt.

2. Dass die Junisession 2021 lediglich zwei Tage dauerte, war ein bewusster Entscheid des Präsidiums. Dass sich dadurch die Behandlung von parlamentarischen Vorstössen auf eine spätere Session verschieben kann, wurde in Kauf genommen. Die Alternative wäre ein zusätzlicher Sessionstag gewesen, an dem drei Motionen und 48 Interpellationen, aber keine Geschäfte behandelt worden wären. Dies erachtete das Präsidium als wenig zielführend.
3. Das Präsidium beantragt dem Kantonsrat, in der Septembersession 2021 fünf vorberatende Kommissionen zu bestellen und eine sechste Vorlage zur Vorberatung der Finanzkommission zuzuweisen. Dies sagt letztlich nur bedingt etwas aus über die Geschäftslast der Novembersession 2021, da zusätzlich das Budget 2022 zu beraten sein wird und dies zusammen mit der Vorlage zur Erreichung des Haushaltsgleichgewichts 2022plus voraussichtlich einen erheblichen Diskussions- und damit Zeitbedarf ergeben wird.